



Staatsministerium
Baden-Württemberg

📅 15.03.2018

GEDENKEN

75. Jahrestag der Deportation von Sinti und Roma aus Baden-Württemberg



📷 © Jan Potente

Mit einer Gedenkveranstaltung hat die Landesregierung an die Deportationen der Sinti und Roma aus Baden-Württemberg vor 75 Jahren erinnert. Mit der Forschungsstelle Antiziganismus an der Universität Heidelberg setzt das Land ein Zeichen gegen das Schweigen und für die Aufklärung. Ein neuer Staatsvertrag soll den Schutz der Sinti und Roma weiter stärken.

Mit einer Gedenkveranstaltung erinnerte die Landesregierung an die Deportationen der Sinti und Roma aus Baden-Württemberg vor 75 Jahren. „Das Verfolgungsschicksal so vieler Menschen wurde in der Bundesrepublik viel zu spät öffentlich thematisiert. Erst im Jahr 1982 wurde der Völkermord öffentlich anerkannt – und damit die Ermordung von bis zu 500.000 Sinti und Roma durch die Nationalsozialisten“, sagte Wissenschaftsministerin Theresia Bauer im Neuen Schloss in Stuttgart.

Zeichen gegen das Schweigen und für die Aufklärung

„Mit der Förderung der deutschlandweit ersten eigenständigen Forschungsstelle Antiziganismus an der Universität Heidelberg setzen wir ein Zeichen – gegen das Schweigen, für die Aufklärung. Damit wird das Land auch seiner historischen Verpflichtung gerecht und leistet einen wichtigen Beitrag zur Erforschung der Geschichte und Kultur der Sinti und Roma sowie zum Antiziganismus“, so die Ministerin. Auch heute noch gebe es antiziganistische Tendenzen in der Gesellschaft, denen die Landesregierung entschieden entgegengetrete.

Staatssekretärin Schopper, die gleichzeitig auch Koordinatorin des Rates für die Angelegenheiten der deutschen Sinti und Roma in Baden-Württemberg ist, erinnerte daran, dass die Ausgrenzung und Diskriminierung von Sinti und Roma nach Kriegsende nicht einfach aufgehört haben. Es habe eine entschlossene Bürgerrechtsbewegung gebraucht, die darum kämpfen musste, dass das Unrecht, das den Sinti und Roma durch die Nationalsozialisten zugefügt wurde und das Unrecht, dem sie nach 1945 weiterhin ausgesetzt waren, endlich anerkannt wurde.

Neuer Staatsvertrag soll Schutz der Sinti und Roma weiter stärken

Mit der Unterzeichnung des ersten Staatsvertrags zwischen einer Landesregierung und einem Verband der Sinti und Roma im Jahr 2013 habe die damalige Landesregierung ein bundesweites Signal gesetzt. Theresa Schopper: „Die gesamte Landesregierung Baden-Württemberg ist der Förderung und dem Schutz der nationalen Minderheit der Sinti und Roma verpflichtet. Daher wollen wir dieses Jahr auch einen neuen Staatsvertrag zwischen der Landesregierung und dem Verband der Sinti und Roma in Baden-Württemberg unterzeichnen.“

Daniel Strauß, der Vorsitzende des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma in Baden-Württemberg verwies auf das transgenerationelle Trauma der Sinti und Roma: „Ich bin eine Generation nach Auschwitz geboren und bin mit der beunruhigenden Vorstellung aufgewachsen, dass die humanistischen Ideale und republikanischen Utopien jederzeit widerrufbar sind. Mein Vater Heinz Strauß überlebte Auschwitz und Buchenwald. Meine Mutter, Maria Strauß, überlebte das Zwangslager „Frankfurt-Dieselstraße“. Ihre Wunden wurden übertragen in ein soziales Gedächtnis und so werden wir Träger von Todesängsten.“

Forschungsstelle an der Universität Heidelberg

Grundlage für die im Sommer 2017 eingerichtete Forschungsstelle ist der Staatsvertrag zwischen dem Verband der Sinti und Roma Landesverband Baden-Württemberg (VDSR) und dem Land Baden-Württemberg. Nach Artikel 1 Absatz 2 dieses Staatsvertrags „streben das Land und der VDSR-BW gemeinsam insbesondere die Errichtung einer Forschungsstelle zur Geschichte und Kultur der Sinti und Roma sowie zum Antiziganismus an. Der kritischen Aufarbeitung der historisch von rassistischen Vorurteilen geprägten Geschichte der sogenannten ‚Zigeunerforschung‘ ist dabei besonders Rechnung zu tragen.“

Die Forschungsstelle ist am Historischen Seminar der Universität Heidelberg angesiedelt. Das Konzept erarbeitete der Heidelberger Zeithistoriker Edgar Wolfrum mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Arbeitsbereichs Minderheitengeschichte und Bürgerrechte in Europa. Neben der Leitung gehören der Forschungsstelle zwei in diesem Bereich ausgewiesene Forscher an; zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses besteht außerdem die Möglichkeit für die Beschäftigung von bis zwei Doktorandinnen und Doktoranden. Aufgabe der Forschungsstelle ist es auch, Lehrveranstaltungen anzubieten.

Die Einrichtung wird mit Mitteln in Höhe von jährlich rund 220.000 Euro durch das Wissenschaftsministerium finanziert.

Staatsvertrag zwischen Land Baden-Württemberg und Verband deutscher Sinti und Roma Baden-Württemberg e.V.

Baden-Württemberg hat im November 2013 als erstes Bundesland einen Staatsvertrag mit den deutschen Sinti und Roma geschlossen, der die Anerkennung und Förderung auf eine rechtsverbindliche Grundlage stellt. Das durch einen Staatsvertrag zwischen der Landesregierung und dem Verband deutscher Sinti und Roma Baden-Württemberg e.V. geschaffene Gremium des Rats für die Angelegenheiten der deutschen Sinti und Roma ist mit Vertreterinnen und Vertretern der deutschen Sinti und Roma in Baden-Württemberg sowie der Ministerien, mit Abgeordneten des Landtags sowie einem Vertreter der Kommunalen Landesverbände besetzt und soll die Zusammenarbeit zwischen der Minderheit der Sinti und Roma und dem Land stärken.

Rat für die Angelegenheiten der deutschen Sinti und Roma

Der Rat für die Angelegenheiten der deutschen Sinti und Roma unter Federführung des Staatsministeriums Baden-Württemberg koordiniert die Zusammenarbeit zwischen Land und Landesverband.

Zentrum für Europäische Geschichts- und Kulturwissenschaften

Staatsministerium: Zusammenarbeit mit den deutschen Sinti und Roma in Baden-Württemberg